

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentell:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklametell:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Verantwortlich:**  
Friedrich Hans Scheele



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Jeweil  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 290

Donnerstag, den 11. Dezember 1930

Jahrgang 103

## Unwürdige Tumultszenen im Reichstag Strafrechtsreform und Pensionskürzungs-gesetz auf der Tagesordnung Das Parlament arbeitsunfähig

— Berlin, 11. Dez. Die gestrige Reichstags-Sitzung brachte eine Reihe unerfreulicher Zusammenstöße. Bereits am Anfang, als die Sozialdemokraten sich dem nationalsozialistischen Antrag auf Freilassung des am Dienstag bei den Straßendemonstrationen gegen den Kriegsfilm festgenommenen Abgeordneten Dr. Fabricius widersetzen, gingen die Szenen los. Die Nationalsozialisten reagierten mit stürmischen Pfirsichen und Entrüstung. Sie setzten es aber durch, daß die Sitzung unterbrochen wurde, um dem Ältestenrat Gelegenheit zu geben, den Fall zu besprechen. Fabricius wurde inzwischen von der Polizei freigelassen.

Die Krisenstimmung war aber entfacht und suchte nach Entladung. Der Gegenstand der Beratung war Nebenfrage, Hauptfrage war der Radau, vielleicht mit der Einschränkung, daß es einzelnen Parteien nicht unlieb war, die sachlichen Verhandlungen zu stören, weil die Aussprache über das Pensionskürzungs-gesetz doch einen starken Widerspruch zwischen ihrer Wahlagitation und ihrer jetzigen Haltung ergab. Aber schon vorher hatte der Abg. Kahl dem Reichstag einen Spiegel vorgehalten, indem er mit Rücksicht auf das niedrige Niveau der Debatte auf das Recht des Schlußwortes verzichtete. Sein Antrag wurde dann dem Ausschuss überwiesen, ebenso wie nachher das Pensionskürzungs-gesetz. Aber bis es soweit kam, mußte der Präsident noch zu wiederholten Malen zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Hauses Frieden stiften. Die Wogen überschlugen sich geradezu, als der Kommunist Ebenthal von den Nationalsozialisten in die Fänge genommen wurde. Ordnungsrufe gingen hinüber und herüber. Gelegentlich durch einen Selbstverleumdung unterbrochen, für den man außerhalb des Reichstages weniger Verständnis haben dürfte. Die Nationalsozialisten verließen teils den Saal, während die übrige Hälfte der Fraktion sich umdrehte, auf die Tische setzte und Zeitung las, um durch die Zuwendung der Redezeit dem Redner ihre Mißachtung zu bekunden. Dafür revanchierten sich die Kommunisten, indem sie bei dem Nationalsozialisten Fried einen regelrechten Sprechchor organisierten, der durch „Nabarberufe“ jede Verständigung unmöglich machte und den nationalsozialistischen Redner so reizte, daß er nach Erhalt des dritten Ordnungsrufes die Rednertribüne räumen mußte.

Wie stark die Temperatur inzwischen angestiegen war, zeigte sich, als urplötzlich, nachdem die Debatte schon wieder begonnen hatte, der Nationalsozialist Dreher aufsprang und nach vorn rannte, um sich auf einen Abgeordneten zu stürzen, der ihn angeblich beleidigt haben sollte. Die Nationalsozialisten waren sich darüber einig, daß es gehörten vier starke Männer seiner eigenen Fraktion dazu, um ihn schließlich aus dem Saal zu bringen. Gegen Schluss der Sitzung wurde noch einmal der Versuch gemacht, die außerpolitische Debatte zu erzwingen. Die Deutschnationalen wiederholten ihren Antrag, fanden dafür aber kein Gehör, ebensowenig wie für den Vorschlag, ihre Mißtrauensanträge gegen die Minister Curtius, Birich und Treviranus, ferner die Anträge auf Sperrung der Reichsausschüsse für die preussische Polizei auf die heutige Tagesordnung zu bringen. Der Antrag wurde genau so abgelehnt wie schon am Dienstag. Vermutlich wird er sich aber solange wiederholen, bis der Reichstag Ende der Woche in die Ferien geht.

### Der Streit um den Kriegsfilm

II. Berlin, 11. Dez. Am gestrigen Mittwoch wurde der Film „Im Westen nichts Neues“ amtlich in der Filmprüfstelle vorgeführt, um den Mitgliedern des Reichskabinetts und der preussischen Regierung Gelegenheit zu geben, sich aus eigener Anschauung ein Urteil zu bilden.

Wie die Telegraphen-Union hört, werden zu der heutigen Sitzung der Filmoberprüfstelle über den Film „Im Westen nichts Neues“ das Reichsinnenministerium, das bei der ersten Prüfung nicht vertreten war, das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium Sachverständige entsenden. Das Reichswehrministerium wird seine scharfe und eindeutige Ablehnung unverändert aufrecht erhalten und eher in verschärfter Form zum Ausdruck bringen.

### Das Drohgespenst der Straße

Erwerbslosenparade in Hamburg.

II. Hamburg, 11. Dez. Gerüchte, wonach es am Mittwoch in Hamburg zu Kommunistenunruhen gekommen sei, treffen nicht zu. Es handelt sich vielmehr darum, daß eine von der KPD angeführte Erwerbslosenparade in Verbindung mit anschließender Demonstration verboten worden war. Daraufhin kam es in verschiedenen Stadtteilen, na-

mentlich vor dem Arbeitsvermittlungsamte Kohlhöfe in der Altstadt, zu Ansammlungen Erwerbsloser unter kommunistischer Führung, die von der Polizei zerstreut worden sind.

Zu der Auflösung von Erwerbslosenansammlungen auf St. Pauli gibt die Polizei einen Bericht heraus, nach dem die einschreitenden Polizeibeamten mit Steinwürfen empfangen wurden und von ihren Gummistöcken Gebrauch machten. Auf der Reeperbahn seien weitere Angriffe auf die Polizei erfolgt, die so bedrängt worden sei, daß in der Abwehr mehrere Schüsse hätten abgegeben werden müssen. Der 19jährige Bäder E. habe eine schwere Kopfverletzung davongetragen und sei bald nach der Einlieferung in ein Krankenhaus gestorben. Ein zweiter Demonstrationsteilnehmer soll verletzt worden sein.

### Die Arbeit des Reichstages vor Weihnachten.

Der Ältestenrat des Reichstages einigte sich gestern darüber, daß noch folgende Angelegenheiten vor Weihnachten erledigt werden sollen: Ladenschluß am Heiligen Abend, Verlängerung der Urheberrechtsschutzpflicht und Reform der Angestelltenversicherung. Die Beratung dieser Gegenstände wird noch Reichstags-Sitzungen bis zum Freitag, vielleicht sogar bis zum Samstag notwendig machen.

### Beratungen des Haushaltsausschusses.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die Verteilung der Referate für den Haushaltsplan 1931 vorgenommen. Von den größeren Haushaltsplänen erhielt das Referat für das Auswärtige Amt die Deutsche Volkspirrit, für das Reichsministerium des Innern das Zentrum, für das Reichsarbeitsministerium und das Reichswehrministerium die Sozialdemokraten, für das Ernährungsministerium und das Finanzministerium die Nationalsozialisten, für das Verkehrsministerium die Deutschnationalen und für die allgemeine Finanzverwaltung die Kommunisten. Der Ausschuss befahte sich weiterhin mit der Änderung des Reichspostfinanzgesetzes. Der Gesetzentwurf bezweckt eine andere Regelung der jährlich an das Reich erfolgenden Ueberweisungen aus den Ueberhörschüssen der Reichspost. Weiter wurde der Sonderfonds des Auswärtigen Amtes beraten, aus dem die Umzugskosten bestritten werden. Er weist einen Fehlbetrag von 24 Millionen auf.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Frage des Ladenschlusses am Heiligen Abend. Der Antrag der Wirtschaftspartei, den früheren Ladenschluß wieder aufzuheben, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, wonach der Ladenschluß auf 5 Uhr festgesetzt wird. Die Ausnahme für die Lebensmittelgeschäfte, die bisher um 6 Uhr schließen dürfen, wird also beseitigt. Bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen bereits angelegte Käufer noch bedient und Ausräumungsarbeiten geleistet werden. Weiter wurde beschlossen, daß alle Gaststätten am Heiligen Abend am 7 Uhr schließen müssen.

### Die Landwirtschaftshilfe erneut verschoben

Fortsetzung der Ministerbesprechung über die neuen landwirtschaftlichen Vorlagen.

II. Berlin, 11. Dez. In der Ministerbesprechung am Dienstagabend sind die Beratungen über die neuen landwirtschaftlichen Vorlagen noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Beratungen wurden gestern fortgesetzt.

Nach der parlamentarischen Lage im Reichstag hat es sich als unmöglich herausgestellt, die in den letzten Tagen im Kabinett behandelten weiteren landwirtschaftlichen Maßnahmen noch während des augenblicklichen Sitzungsschnittes des Reichstages im Wege der Initiativgesetzgebung zur Durchführung zu bringen. Dementsprechend dürfte sich die Reichsregierung nach der Vertagung des Reichstags mit der Frage befassen, auf welchem Wege nuncmehr die von dem Reichsernährungsminister vorgeschlagenen Maßnahmen zu der vorgesehenen beschleunigten Erledigung gebracht werden können.

### 165 Kommunisten in Düsseldorf zwangsgestellt.

II. Düsseldorf, 11. Dez. In den letzten Tagen hatte die Düsseldorfener kommunistische Zeitung „Die Freiheit“ in verdeckter Form zu sagen. „Hungerdemonstrationen“ aufgefördert. Am Mittwochabend sammelten sich im Innern der Stadt an wichtigen Punkten größere Menschenmengen an. Als sich die Menge auf Aufforderung der Polizei nicht zerstreute, griff die Polizei ein. 165 Personen wurden zwangs-

## Tages-Spiegel

Der Reichstag hat nach einer unwürdigen Debatte die Strafrechtsvorlage dem Ausschuss überwiesen und die Beratung des Pensionskürzungs-gesetzes weitergeführt.

Die Gefahr für das Reichskabinett ist infolge der deutsch-nationalen Mißtrauensanträge noch nicht vorüber. Der Reichstag dürfte vor Ende der Woche nicht in die Ferien gehen.

Der Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ wurde gestern im Reichsinnenministerium vorgeführt. Sein Verbot durch die Filmoberprüfstelle ist heute zu erwarten.

Der Arbeitsausschuss des Verwaltungsrats der Reichspost arbeitet zurzeit an Vorschlägen auf Ermäßigung der Drucksachen- und Paketgebühren, sowie der Telegramm- und Fernspreckgebühren.

Der französische Minister Laval hat seinen Besuch zur Kabinettsbildung aufgegeben. Poincaré tritt immer mehr in den Vordergrund.

In Hamburg kam es zwischen Polizei und Arbeitslosen mehrfach zu Zusammenstößen; ein Arbeiter wurde erschossen.

Der südslawische Außenminister Marinkowitsch traf gestern zu einem Besuch der griechischen Regierung in Athen ein.

Auf den dänischen Sozialminister Steinde wurde im Parlament ein Resolutionsentwurf verübt; der Minister blieb unversehrt.

### Die Pariser Kabinettskrise

Laval gibt den Austrag zurück. — Poincaré tritt in den Vordergrund.

II. Paris, 11. Dez. Senator Laval hat den Austrag zur Bildung des neuen Kabinetts am Mittwoch spät abends dem Präsidenten der Republik zurückgegeben. Dieser plötzliche Umkehrung ist angeblich darauf zurückzuführen, daß Laval bei der Maringruppe nicht die erwartete Unterstützung gefunden hat. Ferner soll auch Poincaré (Gruppe Briand) eine Beteiligung an der Regierung abgelehnt und sich in der Frage des Anschlusses des rechten Flügels der Radikalsozialisten angeschlossen haben.

Ueber die weitere Entwicklung der Krise ist vorläufig nichts bekannt, doch tritt Poincaré immer mehr in den Vordergrund.

### Krisenstimmung in Washington

Der Burgfriede zwischen Reihem Haus und Demokraten gekündigt.

II. Newyork, 11. Dez. Eine öffentliche Mahregelung des Kongresses durch Hoover führte am Mittwoch zur offiziellen Kündigung des Burgfriedens zwischen dem Weissen Haus und den Demokraten. Unter gespanntester Anteilnahme des Senats hielt der demokratische Führer Robinson eine in der Form zwar maßvolle, sachlich jedoch sehr scharfe Rede, in der er dem Präsidenten vorwarf, daß dieser entweder die Lage auf dem Arbeitsmarkt völlig verkenne, oder aber die Notwendigkeit eines aktiven Eingreifens der Bundesregierung nicht einsehen wolle.

### Schiffskatastrophen

Italienischer Dampfer gegen Landungsbrücke geworfen.

II. Fiume, 11. Dez. Im Ensfaker Hafen wurde infolge anhaltenden Sturmes der Dampfer Topola an die mit Menschen besetzte hölzerne Landungsbrücke geworfen. Die Brücke brach ein und die Menschen, darunter eine Musikkapelle, stürzten ins Meer. Bei dem Unglück sind 6 Personen ertrunken, 40 Personen erlitten schwere Verletzungen, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ueber die Gesamtzahl der Todesopfer herrscht bis jetzt noch keine Klarheit. Die Bergungsarbeiten werden fortgesetzt.

Englischer Dampfer in Flammen.

II. London, 11. Dez. Der 25 000 Tonnen große englische Dampfer „Empress of Scotland“ steht im Hafen von Wlyth in Northumberland in Brand. Mit dem vollständigen Verlust des Dampfers muß gerechnet werden. Der Dampfer, der einst unter dem Namen „Kaiserin Auguste Viktoria“ das größte Dugschiff der Sapag war, steht völlig in Flammen. Das Feuer hat bereits auf die Vorräte übergegriffen. Vom Wasser und vom Lande aus arbeitet die Feuerwehr unermüdet an der Brandbekämpfung. Alle Schiffe im Hafen sind zur Hilfeleistung herangezogen worden. Die Ursache wird auf Kurzschluß zurückgeführt.

1930.  
annt  
treude-  
pwater,  
großer  
er von  
afen ist.  
nen.  
2 Uhr.  
ndlung  
pambalg  
heer 189  
chts-  
Bibeln  
büchlein  
Literatur  
derbücher  
arente  
ungerahmt  
bmappen  
ter  
Wig!  
ntreffend  
on der Sec:  
ischer  
kian  
und  
eufisch  
23 Pfg.  
liau-  
ilet  
40 Pfg.  
ische  
klinge  
chs-  
ringe  
inaden  
er Auswahl.  
Feiertage  
r uns ein:  
Baggon  
u. bayerische  
n. Brat-  
änse  
bestellungen  
on erbeten.  
nkuch  
s noch neue  
schneid-  
djine  
mplettes  
ummet  
Zentrifrage  
aufen.  
nge Steige 31.

# Völkerbund und Abrüstungsfrage

## Letzter Appell Bernstorffs in Genf

U. Genf, 10. Dez. Der Abrüstungsausschuss hat gestern die Durchberatung des Generalberichtes an den Völkerbundrat abgeschlossen. Der Bericht ist in Form eines eingehenden Kommentars zu jedem einzelnen Artikel des Abrüstungsabkommens abgefasst und gibt gleichzeitig die Vorbehalte und offiziellen Erklärungen der einzelnen Abordnungen zu jedem einzelnen Artikel wieder.

Der verächtliche Artikel EA, der eine Erneuerung der Verfallter Entwaffnungsbestimmungen darstellt, wird in dem Generalbericht mit dem Wunsch nach reiflicher Klarheit begründet. Der Bericht gibt sodann die folgende grundsätzliche Erklärung der deutschen Regierung wieder:

„Die deutsche Abordnung erklärt, daß sie beim Art. EA gegen das Abrüstungsabkommen in seiner Gesamtheit stimmen wird, soweit das Abkommen nicht die Verträge von Washington und London berührt. Das Abkommen fällt in der von der Mehrheit des Ausschusses angenommenen Fassung die leistungsfähigsten Elemente einer Begrenzung und Herabsetzung der Landrüstungen aus. An Stelle einer allgemeinen Abrüstung dient dieses Abkommen lediglich als ein Schleier, um den gegenwärtigen Stand der Rüstungen der Welt zu verbergen und sogar neue Rüstungen zu gestalten. Für Deutschland würde die Unterzeichnung dieses Abkommens die Erneuerung der Unterschrift unter die Entwaffnungsklausel des Vertrages von Versailles bedeuten.“

In der Schlussfugung nahm zunächst der Führer der sowjetrussischen Abordnung U. N. Artyscharsky das Wort. Er verlas eine umfangreiche Denkschrift, in der die Moskauer Regierung das Abrüstungsabkommen in allen Punkten auf das schärfste kritisiert, das Abkommen in seiner Gesamtheit ablehnt und jede Verantwortung für das Abkommen, das die Möglichkeit neuer Rüstungen offen lasse, von sich weist. Die Moskauer Regierung werde den Kampf für die allgemeine Abrüstung fortsetzen. Lord Robert Cecil bezeugte das Abkommen als eine geeignete Grundlage für eine allgemeine Begrenzung der Rüstungen. Das letzte Wort liegt jetzt bei den Völkern, nicht mehr beim Völkerbundsrat. Die Welt werde nur dann abrüsten, wenn die Völker es wirklich wollten. Im Namen der amerikanischen Regierung

gab Votschaster Gibson eine Erklärung ab, in der er unter anderem ausführte, daß man nach scharfen Kämpfen nunmehr doch zu einer Einigung gelangt sei. Es wäre aber ein Mangel an Ehrlichkeit, wenn nicht festgestellt würde, daß der Abkommensentwurf sehr weit hinter den Hoffnungen und Erwartungen zurückbleibe. Nach seiner Auffassung fehlten viele Faktoren, die zur allgemeinen Abrüstung führen könnten. Das Erreichte entspreche nicht den Versprechungen. Vielleicht werde die Abrüstungskonferenz mehr erreichen können, wenn die Regierungen auf der Konferenz größere Zugeständnisse machten. Ein schlechter Dienst an den Völkern würde es sein, diese glauben zu machen, daß die allgemeine Bewegung für eine Abrüstung weitergekommen sei als dies tatsächlich der Fall sei. Schwere Verantwortung laste jetzt auf den Regierungen. Graf Bernstorff sprach darauf im Namen der deutschen Regierung. Er stellte fest, daß er mit dem amerikanischen Votschaster in den wesentlichen Punkten übereinstimme. Er fuhr dann fort: Ich will auf erledigte Dinge nicht zurückkommen. Sie haben inden Hoffnungen und Vorbehalten, die ich gemacht habe, ersehen, daß und warum ich bei meiner Kritik des Entwurfs beharren muß, und daß im Einklang mit dieser Kritik die deutsche Regierung den Entwurf ablehnt, weil er nach ihrer Ansicht die schwersten grundsätzlichen Mängel und Unterlassungen aufweist. Die Völker haben einen sicheren Instinkt für Tatsachen, sie werden in diesem komplizierten Vertragswerk das wesentliche, den starken Willen zur Abrüstung, vermissen. Mit der kommenden Konferenz ist zur Erreichung des Ziels der Abrüstung, für das die deutsche Regierung sich nach wie vor mit allen Kräften einsetzen wird, die letzte Chance gegeben. Aufgabe der Konferenz wird es sein, das Problem in einer ganz anderen Weise anzufassen als bisher und so den Gedanken einer wirklichen Sicherung des Friedens durch die Tat zu verwirklichen. Sie wird diese Aufgabe nur dann lösen können, wenn sie sich getragen fühlt von der öffentlichen Meinung der Welt. Ich kann daher heute nur noch einmal den dringenden Appell an die Völker richten, dafür zu sorgen, daß ihre Regierungen diese Aufgabe jetzt endlich erkennen und vor ihr nicht verlagen. Mögen die Völker nicht vergessen, welche schwere Gefahren am Horizont erscheinen könnten, wenn die Aufgabe der Abrüstung nicht erfüllt wird.

## Kriegsschuld und Reparationen

Amerika gegen Revision der Kriegsschuldenabkommen.

U. Berlin, 10. Dez. An hoher amerikanischer Regierungskreise nahm man, nach einer Meldung aus Washington, Veranlassung, die zahlreichen Demenstis, die das Staatsdepartement in den letzten beiden Wochen auszugeben gezwungen war, durch eine Aeußerung des Unwillens über die verschiedenen „Weltbeglückungspläne unserer Freunde in Europa“ nachdrücklich zu unterstützen. Mit Nachdruck sei erklärt worden, daß man keineswegs beabsichtige, die Verwendung der Schuldentragungen der Alliierten neu zu regeln, sondern das man an dem Programm festhalte, nach dem die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen Schuld und zur Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen Volkes benutzt werden sollen. An der Behauptung, daß die amerikanische Regierung in Verhandlungen stehe, um eine Konferenz über einen Konsultativpakt oder über die Freiheit der Meere oder über eine Verpflichtung zu kriegsrischen oder friedensfördernden Maßnahmen oder ähnlichen einzuberufen, sei kein Funken Wahrheit.

Die Kriegsschuldfrage vor dem amerikanischen Senat.

U. Newyork, 10. Dez. Der Kampf um die Revision der interalliierten Schuldenverträge und die Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen führte im Senat zu einer unerwartet heftigen Aussprache über die Kriegsschuldfrage. Der Senator Copeland (Dem.) hatte beantragt, einen Zeitungsartikel über die ernste Wirtschaftslage in Deutschland im Publikationsorgan des Kongresses zu veröffentlichen. Der Senator Reed (Republikaner) protestierte heftig dagegen und erklärte, Deutschland habe seine eigenen Kriegsschulden durch die Inflation sozusagen vermindert (?). Seine jährliche Reparationslast betrage nur 480 Millionen Dollar, während England die ungeheure Summe von 2 Milliarden Dollar an jährlicher Verzinsung seiner Kriegsschuld aufbringen müsse. Amerika dürfe nicht den Fehler begehen, zu sehr mit Deutschland zu sympathisieren, um so mehr, als dieses die Verantwortung am Kriege trage. Ueberdies müßten die alliierten Mächte ihren Steuerzahlern größere Lasten auferlegen, wenn Deutschland die Reparationen erlassen würden. Die Folge davon wäre unweigerlich eine Propaganda zugunsten der Streichung der alliierten Schulden an Amerika.

Senator Borah sprach sich zwar ebenfalls gegen einen allgemeinen Schuldenerlass aus, legte jedoch gegen die Behauptung Reeds, Deutschland trage die Alleinlast am Kriege, schärfste Verwahrung ein. Es gehe nicht an, Deutschlands Lage am Ende des Krieges mit der Lage der Alliierten zu vergleichen. Das Reich sei damals aller Hilfsmittel entblößt gewesen und durch den Zwang zu Reparationszahlungen in die schwierigste Lage gebracht worden. Er könne Reeds These von der Alleinlast Deutschlands am Kriege unmöglich anerkennen. Frankreich, Großbritannien und die übrigen europäischen Staaten seien mindestens mitschuldig. Senator Copeland erwähnte schließlich Amerika, nicht hartnäckig gegenüber Deutschland zu sein. Das Reich habe seine bisherigen Reparationszahlungen mit geliehener Geld bezahlt. Frankreich, das mit deutschem Geld und deutschen Waren überfüllt sei, sei ein Konkurrent Amerikas auf den südamerikanischen Märkten geworden. Wenn Amerika auf der Zahlung der Reparationen bestände, erwürde es sich vielleicht selbst.

## Französische Flottenmanöver im Atlantik

U. Paris, 10. Dez. Zu gleicher Zeit wie im Mittelmeer finden auch im Atlantischen Ozean an der westfranzösischen Küste umfangreiche Flottenmanöver statt, an denen die Ma-

rinesfliegerei in weitem Maße beteiligt ist. Das gesamte zweite Geschwader ist am Montag aus Brest ausgelaufen und wird erst am 19. Dezember wieder zurückkehren. Außerdem nehmen zwei Divisionen Torpedobootszerstörer und eine Reihe von U-Booten an den Übungen teil. Die Fliegerei wird sowohl im Zusammenhang mit den Flottenmanövern wie auch in einem reinen Angriffsmanöver auf den Kriegshafen Brest in Erscheinung treten.

## Die Bergung der deutschen Flotte bei Scapa Flow

London, 10. Dez. Die Arbeiten zur Bergung der auf dem Grunde von Scapa Flow liegenden deutschen Hochseeflotte haben jetzt wiederum zu einem Erfolge geführt. Es ist nämlich gelungen, den 20 000 Tonnen schweren Schlachtkreuzer „von der Tann“ zu heben, der seit dem tragischen Ereignis vom 21. Juni 1919 mit dem Kiel nach oben in dreizehn Klaster Tiefe unter Wasser lag. Erst seit dem vergangenen September wurde an der Bergung dieses Schiffes gearbeitet, und die schnelle Beendigung des Wertes fällt hier um so mehr auf, als während der ganzen Zeit überwiegend schlechtes Wetter vorherrschte.

Insgesamt sind nunmehr seit 1924 150 000 Tonnen gehoben, darunter vier Schlachtkreuzer, ein Schlachtschiff, ein leichter Kreuzer und 25 Zerstörer. Es soll jetzt mit der Bergung des Linien Schiffes „Prinzregent Oulpold“ begonnen werden.

## Sinkende Reichseinnahmen

Dreieinhalb Milliarden aus Zöllen und Steuern.

Pd. Für das neue Haushaltsjahr rechnet die Reichsregierung mit Einnahmen aus Zöllen und Steuern in Höhe von nahezu dreieinhalb Milliarden Mark. Bei diesen Einnahmeschätzungen sind einerseits die durch Notverordnung neu eingeführten Steuern und Zölle schon berücksichtigt worden. Auf der anderen Seite hat man sich aber verschiedentlich auch unter Berücksichtigung des zu erwartenden Verbrauchsrückganges genötigt gesehen, die Einnahmen trotzdem nur in der bisherigen Höhe, vielfach auch geringer, anzusetzen. Die Tabaksteuer soll allein 1187 Millionen oder 72 Millionen Mark mehr als im Vorjahre erbringen. Die Einnahmen aus Zöllen aller Art sind auf 1175 Mill. RM. veranschlagt. Aus der Biersteuer glaubt man im nächsten Haushaltsjahr 510 Millionen Mark erzielen zu können, was einem Rückgang um 40 Millionen Mark beduten würde. Das Finanzministerium ist sich bewußt, daß der Bierabsatz infolge der schwierigen Wirtschaftslage abnimmt, und rechnet auch damit, daß die neu eingeführten Gemeindegeldsteuern einen weiteren Verbrauchsrückgang zur Folge haben werden. Ebenso geht auch der Verbrauch von Schaumwein mehr und mehr zurück; die Schaumweinsteuer, die 1928 noch 15 Millionen und im vorliegenden Jahr 11 Millionen Mark erbrachte, wird für 1931 vorfristig nur noch mit 8 Millionen Mark angelegt. Auch bei der Zuckersteuer hat der Haushaltsantrag auf den vorausichtlich starken Verbrauchsrückgang Rücksicht nehmen müssen; man schätzt die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 21 Millionen geringer auf 150 Millionen Mark. Ferner ist auch bei der Mineralwassersteuer mit einem Rückgang um 5 Millionen Mark auf 30 Millionen gerechnet. Allgemein zeigt sich hierbei, daß die Steuerkraft nicht überspannt werden darf, wenn man nicht letzten Endes das Gegenteil von dem erhofften Zweck erreichen will.

## Kleine politische Nachrichten

Die Ärzteschaft gegen die Krankenkassen-Verordnung. Auf einer Kundgebung gegen die Bestimmungen der Notver-

ordnung über die Krankenkassen hat der Vorstand der Deutschen Spitzenverbände der deutschen Ärzteschaft eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: „Die deutsche Ärzteschaft erklärt die durch die Notverordnung herbeigeführte weitere Einschränkung der ärztlichen Berufs-, Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit für unannehmbar. Bleiben die Beschränkungen bestehen, so zwingen sie die deutsche Ärzteschaft zur Opposition gegen das heutige System der Krankenversicherung, dessen Aenderung der Stand mit allen zulässigen Mitteln bekämpfen wird.“

Die Deutschnationalen erbitten Hindenburgs Eingreifen gegen den Kriegsfilm. Die Abgeordneten Dr. Hugenberg und Dr. Dörffler haben namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg geschickt: „Trotz des Einspruches des Reichswehrministeriums gegen den Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“, trotz der berechtigten Empörung der gesamten nationalen Bevölkerung werden die Vorführungen des Films unter stärkster Inanspruchnahme der Polizei fortgesetzt. Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten, den Führer der in diesem Film beschimpften Heere des Weltkrieges, den Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht, durch persönliches Eingreifen diesem öffentlichen Skandal ein Ende zu machen.“

Wesffel im polnischen Außenministerium. Dem Kurier Warszawski zufolge dürfte in nächster Zeit Außenminister Jalecki von seinem Posten zurücktreten, um höchstwahrscheinlich einen Auslandsposten zu übernehmen. In erster Linie käme der Votschasterposten in London in Frage. Zum Außenminister würde dann der inzwischen zum stellvertretenden Außenminister ernannte Oberst Beck aufrücken.

Der geknebelte Sejm. Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde in der Eröffnungsitzung des Sejm der Abgeordnete des Regierungsblokes und frühere Ministerpräsident Kasimir Switalski zum Sejmarschall gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte Switalski, er werde im Sejm keine Reden halten, die den Zweck einer innerpolitischen Agitation oder einer Demonstration für das Ausland verfolgten. Für die Befreiung der Abgeordneten, die infolge gemeiner Vergehen (?) verhaftet worden seien, werde er nicht eintreten, da er sich nicht für befugt halte, den Entscheidungen der Gerichte vorzugreifen. Das Höchstgewicht werde er auf eine enge Zusammenarbeit mit der Regierung legen. Jede Tagesordnung werde erst nach Rücksprache mit der Regierung aufgestellt werden.

Graf Julius Karolyi ungarischer Außenminister. Der ungarische Reichsverweser hat nach einer Meldung aus Budapest den Minister des Aeußern Dr. Ludwig Walko auf sein eigenes Ansuchen von dieser Stellung entbunden. Zu seinem Nachfolger wurde das Mitglied des Oberhauses Graf Karolyi ernannt.

Wieder Generalfreik in Valencia. Nachdem der Polizeibekämpfung in Valencia beigelegt worden war, durchzogen Gruppen von Streikenden die Stadt und griffen einen Doppelposten der Zivilgarde an. Einer der Gardisten wurde getötet. Der andere feuerte auf die Streikenden und erschoss dabei den Sekretär des Metallarbeiterverbandes. Daraufhin wurde in der Stadt ein 48stündiger Generalfreik ausgerufen, dessen Leitung in Händen der syndikalistischen Verbände liegt. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Unruhen. Mehrfach wurden Straßenbahnwagen und Kraftwagen umgestürzt oder mit Steinen beworfen.

Hoover droht mit Steuererhöhungen. In einer sehr scharf prognostizierten Presseerklärung wendet sich Hoover gegen die Mehrforderungen des Kongresses, deren Bewilligung einen Fehlbetrag von 500 Millionen Dollar im Haushalt 1932 schaffen würde. Der Präsident erklärt, daß die im Haushaltsentwurf eingestellten Ausgaben die äußerste Grenze des Tragbaren bedeuteten, andernfalls sei eine Steuererhöhung unvermeidlich.

## Um den Todesnebel im Maastal



Die Warzuzee-Straße in Engls. In ihr forderten die giftigen Nebel die meisten Todesopfer.

In einem umfangreichen Artikel befaßt sich die „Woff. Ztg.“ mit dem Rätsel des Todesnebels im Maastal und gibt die Ansicht zweier namhafter Fachleute, nämlich des Leiters der Wetterdienststelle in Münster, Dr. Lammer, und des Professors für Chemie an der Columbia-Universität in Newyork, M. A. E. L., wieder, die allen Erstes unabhängig voneinander zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß die Todesnebel die letzten Ausläufer einer außerordentlich starker Staubbürste in der Sahara seien, von denen in der letzten Novemberdekade berichtet worden sei. Einige Tage darauf habe man in Spanien Staubbüfelle festgestellt, die aus reinem Wüstenstaub bestanden. Wiederrum kurz darauf wurde das gleiche aus der Schweiz gemeldet. Zu gleicher Zeit wurde von einem Schmutzregen über Paris berichtet, dessen mikroskopische Untersuchung Staub nachwies. Daraus geht daraus den Schluß, daß die große Staubbüfelle in der vorigen Woche über Belgien sein mußte und von dem Nebel auf die Erde gezogen wurde.

Korruy

Der St. Jahre 1928 amier in f. Die Stadt V. gen um gr. auf etwa 2. trag von 2. vier städt. die Hälfte ungetreuen. übung sein gegen ihn antrag. wurde fern. Rattet.

Berlin i. verkehr kan. Alle Fahr. Rebel ist se.

Aus St. Übergang. Nähe des. bedingter. eines Kauf. Meter mit. bester, der. stehende M.

In Fri. Boden eine. Kinder auf. stärzten in. den Schwel. denen es a. und einigen. ren Ersicht. reitz bewuß. der ins Ref.

Aus Ju. auto, das n. ten Kurve. ins Schlen. in die Tief. rere Male. schwer bel. legungen. handlung u. sonen würd.

In der. port kam e. mußten, in. V. in s. e. Kannten Bu. schof Mann. Tätigkeit. dessen schrif. genug abge. und Aussch. bignu der. Reihe sah. schuldigung. wurde aber. Kirchengem. und Lindseu.

10. Fort. „Doff. Jahr.“ „Ach. „Und be. nachtsre. kommt. Uniform. Ich. bald fen. „Ja. dazu hat. schen, da. gen sein. Philologe. Jahr 19. Rhein; i. Ablauf i. an einer. „Und. fein gan. „Sie. das etw. Schorsh. ger Schil. zeige. Es ist se. den und. der selbe. ehter, de. „Sie l. „Mei. zu danke.

# Aus aller Welt

## Korruption bei der Stadtverwaltung Braunschweig.

Der Stadthausobersekretär Walter Schüler, der seit dem Jahre 1928 als Angestellter und seit Januar 1930 als Beamter in städtischen Diensten steht, hat seit dem Jahre 1928 die Stadt Braunschweig durch Anweisung zu hoher Rechnungen um große Beträge geschädigt. Schüler gibt die Summe auf etwa 2500 Mark an, während das Hochbauamt den Betrag von 7-8000 Mark errechnete. Er hat diese Beträge vier städtischen Lieferfirmen zugewendet und von diesen etwa die Hälfte der Summe als Bestechungsgelder erhalten. Dem ungetreuen Beamten ist mit sofortiger Wirkung die Ausübung seiner Tätigkeit unterlagert worden. Außerdem wurde gegen ihn die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt. Gegen Schüler und die beteiligten Lieferfirmen wurde ferner Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

## Dichter Rebel über Berlin.

Berlin ist in dichten Nebel gehüllt worden. Der Straßenverkehr kann sich nur unter großen Schwierigkeiten abwickeln. Alle Fahrzeuge fahren unter Beleuchtung. Ein so dichter Nebel ist seit langer Zeit nicht zu beobachten gewesen.

## Kraftwagen vom Zuge erfasst.

Aus Stettin wird berichtet: An dem ungeschützten Bahnübergang der Nebenbahnstrecke Kallies-Neuwedel in der Nähe des Dorfes Denzig wurde am 11. Dezember ein Kraftwagen bedingter schlechter Sicht in einer Kurve der Kraftwagen eines Kaufmanns aus Kallies vom Zuge erfasst, hundert Meter mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Der Autofahrer, der den Wagen selbst steuerte, und seine neben ihm stehende Mutter wurden sehr schwer verletzt.

## 20 Kinder in eine Abortgrube gefallen.

In Friedland (Mecklenburg) brach im Kinderhort der Boden einer zwei Meter tiefen Abortgrube ein, als etwa 30 Kinder auf dem Hof spazieren gingen. Über 20 Kinder stürzten in die Grube. Auf die Hilferufe der aufsichtsführenden Schwester eilten Bewohner der Nachbarschaft herbei, denen es zusammen mit der inzwischen erschienenen Polizei und einigen Ärzten gelang, sämtliche Kinder vor dem sicheren Erstickungstod zu retten. Mehrere Kinder waren bereits bewußtlos, konnten aber nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen werden.

## Postauto abgeknipst.

Aus Innsbruck wird berichtet: Abends geriet ein Postauto, das mit 15 Personen aus dem Pitztal kam, in der letzten Kurve vor dem Zimter Bahnhof infolge des Glattseins ins Schleudern, rutschte über den Straßenrand ab und stürzte in die Tiefe. Der geschlossene Omnibus überschlug sich mehrere Male und blieb ungefähr 30 Meter unterhalb der Straße schwer beschädigt liegen. Sämtliche Insassen erlitten Verletzungen. Eine Reihe von Personen mußte ärztlicher Behandlung zugeführt werden. Drei sehr schwer verletzte Personen wurden in das Krankenhaus nach Zimt gebracht.

## Kirchenstandal um Ben Lindsey.

In der protestantischen St. Johannis-Kathedrale in Neuwied kam es während eines Gottesdienstes zu schweren Tumulten, in deren Mittelpunkt der frühere Jugendrichter Ben Lindsey, der Verfasser des auch in Deutschland sehr bekannten Buches „Kameradschaftslehre“ stand. Der Bischof Mannings besaßte sich in seiner Predigt auch mit der Tätigkeit Lindseys als Jugendrichter und insbesondere mit dessen schriftstellerischen Arbeiten. Lindsey konnte nicht scharf genug abgelehnt werden, da er die Ehebrecher verteidigte und Ausschweifungen aller Art das Wort rede. Nach Beendigung der Predigt verlangte Lindsey, der in der vordersten Reihe saß, man möge ihm Gelegenheit geben, zu den Beschuldigungen des Bischofs Stellung zu nehmen. Diese Bitte wurde aber von der aus nahezu 3500 Personen bestehenden Kirchengemeinde durch laute Zu- und Protestrufe abgelehnt und Lindsey mit Gewalt aus der Kirche befördert.

# Württembergischer Landtag

## Ein Ueberblick über die Finanzlage Württembergs.

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde die neue Landesgebührenordnung in zweiter Lesung beraten und erledigt. Vor Eintritt in die eigentlichen Beratungen gab Finanzminister Dr. Dehlinger einen Ueberblick über den Stand der Staatsfinanzen. Er schickte die Bemerkung voraus, daß man in weiten Kreisen sich des Ernstes der Finanzlage des württembergischen Staates nicht recht bewußt zu sein scheint. Namentlich höre man vielfach die Meinung, der Staat besitze noch außerordentliche Reserven. Eine Ueberblick über die Staatsfinanzen sei jetzt schon möglich, weil in dem neuen Etat, der dem Landtag voraussichtlich im Januar zugeleitet werden könne, die Einnahmen und Ausgaben sich übersehen lassen. Die Einnahmen werden im ganzen auf 133,6 Millionen Mark im Etat in Erscheinung treten, was gegenüber dem laufenden Rechnungsjahr 1930 eine Weniger-einnahme von 17,1 Mill. Mark ausmacht. Die Ausfälle sind vor allem zurückzuführen auf den Rückgang der Steuern, sowie der Steuerüberweisungen vom Reich und die sinkenden Fortseinnahmen. Bei den Ausgaben werde mit einem Gesamtbedarf von 165,6 Millionen Mark zu rechnen sein. Davon seien allerdings 7,2 Millionen Mark durch Drosselungen herausgestrichen worden; bei den Beamtengehältskürzungen könne voraussichtlich mit einem Wenigeraufwand von 7,4 Mill. Mark gerechnet werden und bei der Gebäudenutzungssteuer mit einer Mehreinnahme von 6,7 Mill. Mark, so daß schließlich noch ein ungedeckter Fehlbetrag von im ganzen 9 Mill. Mark verbleiben werde. Was die Deckung dieses Abmangels anbelange, so sei das Staatsministerium, das sich gestern mit dieser Frage eingehend befaßt habe, einmütig der Auffassung, daß im jetzigen Augenblick an eine Erhöhung der Hauptsteuern des Landes in gar keiner Weise gedacht werden könne. Die Ausgaben werden also weiter gedrosselt werden müssen und, da 60 Prozent unseres gesamten Staatsbedarfs auf die Personalausgaben und nur 40 Prozent auf Sachausgaben entfallen, werde es sich nicht umgehen lassen, daß von den Beamten weitere Opfer gefordert werden, wie dies bereits durch die weitere Hinausrückung der Frist für die Wiederbesetzung von erledigten Stellen, durch Herabsetzung der Umzugskosten usw. in die Wege geleitet sei. — An die Ausführungen des Finanzministers schloß sich eine längere Aussprache an, in der namentlich der Abgeordnete Winkler (S.) verschiedenes an der Finanzgebarung Württembergs anzusehen hatte. Der Abgeordnete Scheef (Dem.) bezeichnete jedoch die ungeschminkte Darlegung und Schilderung der Finanzlage des Landes durch den Finanzminister als dankenswert, worauf der Gegenstand verlassen wurde. Der Rest der Sitzung war durch die Einzelberatung der neuen Gebührenordnung ausgefüllt, die jedoch wenig Bemerkenswertes bot. Nach einem Beschluß des Landtags soll die neue Gebührenordnung am vierten Tag nach ihrer amtlichen Verkündung in Kraft treten. Mit der Beratung des Gebührenverzeichnisses, das der neuen Gebührenordnung als Anlage beigegeben ist, wird heute begonnen werden. ständigen Minister behandelt werden zu können.

## Kürzung der Landtagsdiäten.

Der Ältestenrat des Landtags nahm gestern zur Frage der Kürzung der Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde folgender Vorschlag des Zentrums angenommen: 1. Bei den fortlaufenden Bezügen für sämtliche Landtagsmitglieder sind gleichmäßig je 20 Prozent abzuziehen. 2. Das Tagelohn für die Teilnahme an Ausschusssitzungen wird wie folgt festgesetzt: a) für die am Tagungsort und in einem Umkreis von 20 Ki-

lometer davon entfernt wohnenden Abgeordneten auf 8 Rm., für die übrigen Abgeordneten auf 12 Rm. für je den Sitzungstag. Alle anderen Vorschläge wurden infolge Annahme dieses Antrags für erledigt erklärt. Hierauf wurde noch eingehend die Frage erörtert, ob für die Beamtenabgeordneten noch ein besonderer Abzug erfolgen soll. Die auf eine Sonderregelung abzielenden Anträge wurden schließlich zurückgezogen. In einem Initiativgesetzentwurf soll die Frage der Diätenregelung an den Landtag gebracht werden. Die Neuregelung wird am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Weiterhin wurde die Frage der zeitigen Behandlung eines Landtagswahlgesetzes behandelt. Der Ältestenrat beschloß einmütig, zuerst die Neugestaltung des Reichstagswahlrechts abzuwarten, um nicht in aller Zeitkurze noch einmal zu der Frage Stellung nehmen zu müssen.

## Die Geschäftslage des Landtags.

Der Landtag wird, um den vorliegenden Beratungsstoff noch vor Weihnachten aufzuarbeiten, bis Samstag, den 20. Dezember zusammenbleiben. Dann begeben sich die Abgeordneten in die Weihnachtsferien. Ende Januar 1931 wird das Plenum des Landtags zur Generaldebatte über den Etat 1931 wieder zusammentreten.

# Aus Stadt und Land

Calw, den 11. Dezember 1930.

## Die Ergänzungsprüfung in Fremdsprachen.

die kürzlich von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen abgehalten wurde, hat im Englischen Hauptlehrer G. Waidelich, Oberkollwangen, mit Erfolg abgelegt.

## Der Calwer Weihnachtsmarkt.

hat gestern regen Verkehr in die Stadt gebracht. Von Wald und Gäu waren nach altgewohntem Brauch die Landleute in großer Zahl gekommen, um ihre Weihnachtseinkäufe zu machen; selbst aus Nachbarbezirken hatten sich Marktbesucher eingefunden. Das Marktgeschäft am Weihnachtsmarkt ist wohl eines der besten des Jahres und deshalb ist dieser Markt auch stets von Händlern sehr gut befahren. Von der Oberen Marktstraße bis zur Waldhornbrücke waren heuer wieder die Stände aufgeschlagen, eine große Auswahl von Waren aller Art standen feil und auch die einheimische Geschäftswelt hatte alles aufgebietet, um die Käufer gut und preiswürdig zu bedienen. Wenn auch im allgemeinen der Geschäftsgang gestern eine geringe Besserung zeigte, auszunehmen ist hier allerdings der Absatz von Textilien, der wohl infolge des milden Winterbeginns zu wünschen übrig ließ, so steht er doch immer noch weit hinter dem Umsatz früherer Jahre. Dem Landwirt fehlt eben das Geld zu größeren Einkäufen; darin ist der Hauptgrund für die bedauerliche Stagnation auf unseren Märkten zu suchen. Die Notlage macht sich allenthalben scharf fühlbar, Stadt und Land, einander schicksalverbunden, sind gleich hart davon betroffen und sehnen gleichermaßen die Ablösung der heutigen Krise durch gesunde Wirtschaftsverhältnisse herbei.

## „Der neue Mensch“, ein Film von deutscher Körperkultur.

Kraft, Beweglichkeit und Gesundheit sind die Quellen echter Arbeits- und Lebensfreude. Sie sollen auch die Ziele einer gesunden Turn- und Sportbewegung sein. Der Film „Der neue Mensch“ ist ein Spiegelbild dieser Bewegung. Er wird jedem Turner und Sportler, dem Erwachsenen wie dem Schüler etwas geben. Was auch der aufmerksamste Beobachter in der Wirklichkeit nicht sieht, das machen die vorzüglichen Zeitlupenaufnahmen des Films auf eine anziehende Weise klar und deutlich. So wird der Film nicht nur die Schönheit und den Wert der Selbstübungen dokumentieren,



**MAGGI**

Praktisches Weihnachtsgeschenk:

MAGGI Würze • MAGGI Suppen in Würfeln • MAGGI Fleischbrühwürfel

# Lilien auf dem See

Roman von Fr. Lehne.

(19. Fortsetzung) (Nachdruck verboten.)  
„Hoffentlich geben Sie mir Gelegenheit in diesem Jahr.“  
„Ach, es ist noch so lange hin!“ entgegnete sie leise. „Und bei uns ist es sehr einfach! Unsere größte Weihnachtsfreude wird sein, wenn unser Soldat auf Urlaub kommt — unser Schorsch — das erstemal dann in Uniform.“  
„Ich freue mich darauf, Ihren Herrn Bruder nun bald kennen zu lernen. In München will er dienen?“  
„Ja, Herr Cargill! Beim Leibregiment. Das Geld dazu hat er sich zum Teil selbst verdient. Wir alle wünschen, daß er dieses Jahr recht fröhlich und ohne Sorgen sein soll. Er hatte doch in Halle und Heidelberg Philologie studiert; nach dem Examen war er ein Jahr Hauslehrer in einer vornehmen Familie am Rhein; da hat er ein schönes Gehalt bezogen. Und nach Ablauf seiner Militärlaufbahn nächstes Jahr wird er dann an einer Schule angestellt.“  
„Und muß dann immer Kinder unterrichten, — sein ganzes Leben lang?“  
„Sie sagen das in einem Ton, Herr Cargill, als ob das etwas Furchtbares sei!“ lachte sie. „Für unsern Schorsch gibt's aber nichts Schöneres. Schon als junger Schüler war er bei den Pfadfindern — ich zeige Ihnen mal die Photographien — und als Student führte er die Wandervogel und Pfadfinder an! Es ist sein höchstes, die jungen Kinderseelen zu bilden und für aller Schöne und Hohe zu begeistern. Er, der selber voller Ideale und Begeisterung ist! Ein echter, deutscher Jüngling.“  
„Sie haben ihn wohl sehr lieb?“  
„Mein Bruder ist mein Alles! Ich habe ihm viel zu danken — er hat mich viel gelehrt, ist so geduldig

und hat mir manche seiner knappen freien Stunden gewidmet! Er ist Mutter's ganzer Verzug, ein junger Apoll! Der beste Turner und Schwimmer.“  
„Wie beneide ich ihn um Ihre Liebe!“  
„Da wurde Elisabeth rot. Vastig stand sie auf.“  
„Ach, Herr Cargill, jetzt habe ich die Zeit verpausert und muß schnell das Abendbrot richten; denn ich will doch mit Vater nach der Bahn gehen und Schorsch abholen. Der Weg durch den Wald ist so schön.“  
„Ach, Fräulein Lizzi, ist es wohl ausdrücklich, wenn ich Sie bitte, mir zu erlauben, daß ich mitgehe?“  
„Nein, Elisabeth fand es gar nicht ausdrücklich — sie freute sich innerlich sogar sehr, und der Weg nach dem Bahnhof nachher Seite an Seite mit ihm dünkte sie wunderschön — nur war er zu kurz.“  
Der Zug fuhr bald ein. Er hielt kaum, als auch schon eine Wagentür aufgerissen wurde und ein junger Mann heraussprang, auf Elisabeth zuellte, sie in die Arme nahm und herzlich auf beide Wangen küßte.  
„Da bin ich — da hab' Ihr mich!“ rief er lachend, um seine Rührung zu unterdrücken.  
Nachdem er sich mit Patrick Cargill bekannt gemacht und sich um sein Gepäck bekümmert hatte, schritten die vier heimwärts mit allerlei Fragen und Berichten. Georg kam von einer vierzehntägigen Fußwanderung durch Thüringen. „Und nun will ich es nochmal acht Tage gut haben bei Mutter, ehe es zum Kommiß geht!“ lachte er, daß seine weiße Zähne unter dem blonden Hirtchen blühten. Er hatte viel Ähnlichkeit mit der Schwester. Groß und blau strahlten seine Augen aus dem frischen, sonnengebräunten Gesicht mit den offenen, ehrlichen Augen. Er war sehr groß und breitschultrig — ein junger Hüne von kaum gebändigter Kraft.  
Die Mutter stand schon wartend an der Gartentür. Er lief den anderen voraus, als er der lieben Gestalt ansichtig wurde.  
„Mutter, liebe Mutter.“

„Mein Junge.“  
Und unter Lachen und Weinen hielten sich die beiden innig umschlungen.  
Georg erfüllte das ganze Haus mit seinem frohen, stürmenden Lachen, und keiner konnte dem andern Liebe genug tun. Für Patrick Cargill war das so neu, so seltsam, dieses Verhältnis zwischen Eltern und Kindern. Wenn er an sein Vaterhaus dachte, wie da alles so gemessen, so feierlich und feierlich zuging!  
Aber warm wurde es ihm ums Herz. Und sehnsüchtig suchten seine Gedanken Elisabeth, dieses holde, deutsche Mädchen.  
\*  
Siebentes Kapitel.  
Jeden ersten Sonntag im Monat pflegte Graf Westfeld den Pfarrer des Dorfes und den Arzt zu Lichte einzuladen. Beim Kaffee und einer guten Zigarre besprach man dann in zwangloser Weise verschiedene Angelegenheiten des Dorfes; durch die vielen Fabrikarbeiter der Vermehrung Arbeiterkolonie war manches fremde Element in die alteingesessene Bevölkerung Westfelds gekommen und dadurch auch manche Meinungsverschiedenheiten, so daß der Pfarrer Flug vermittelnd oftmals eingzugreifen hatte.  
Heute, am ersten Septembersonntag, der, fast sommerliche Wärme spendend, so recht die Schönheit des scheidenden Sommers empfinden ließ, saßen die Herren im Park.  
Der Pfarrer war kein Verächter eines guten Tropfens, er wußte den ausserleichenen Mofel zu würdigen, den der Graf vorgefetzt. Sein rundes, gutmütiges Gesicht glänzte vor Behagen, wenn er den goldigen Wein in dem grünlichen, leicht beschlagenen Glase betrachtete, und beinahe verließ waren die Blicke zu nennen, die er auf die schwere Importe mit dem langen, hellen Äschenstreifen warf.  
(Fortsetzung folgt.)

